

Michael Zürn

Weitere Beobachtungen zur demokratischen Regression und ihren Beobachtungen

Abstract: The contribution responds to Manow's critique of the „diagnosis of democratic regression“. It is concerned with three differences that can be worked out by contrasting Schmitt's opposition to liberal and democratic ideas with the perspective of the equal originality of liberal and democratic principles. First, those who hold the rise of non-majoritarian institutions causally responsible for the rise of authoritarian populist parties need not hold the practice of these parties democratizing. Second, I argue that the presumed „liberal bias“ of the V-Dem data does not exist in this way. Moreover, we do not test our core thesis in the democratic regression based on V-Dem data but on attitudinal data. Last we find some common ground with Manow's argument. In our book, quite in line with Manow, we do not speak of a crisis of democracy, but of democratic regression, which is related to a constitutionalization push of democratic practice.

1 Einleitung

Ende der 1920er Jahre argumentierte Carl Schmitt insbesondere in der Vorbemerkung zur zweiten Auflage seiner einflussreichen Schrift *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, dass der Parlamentarismus einer liberalen Theorietradition folge, die von der eigentlichen Logik der Demokratie strikt zu trennen sei. Der Gegensatz zwischen „liberal-demokratischen und massendemokratischen Ideen“ (Schmitt 2010, 6) dürfe nicht übersehen werden (Schmitt 2010, 6). Während des Siegeszuges der Demokratie im 19. Jahrhundert blieben die widersprüchlichen Elemente aufgrund der gemeinsamen Gegnerschaft zur Monarchie noch verdeckt, doch nun brächen sie durch.

Als das Wesenselement des Parlamentarismus erachtet Schmitt die öffentliche Debatte und Diskussion. „Das Parlament aber ist der Platz, wo man *deliberiert*, d. h. in einem diskursiven Vorgang, durch die Erörterung von Argument und Gegenargument, die relative Wahrheit gewinnt“ (Schmitt 2010, 58). Und weiter: „Der Glaube

Danksagung: Timo Greger, Andreas Oldenbourg, Peter Niesen und insbesondere Armin Schäfer danke ich für die ausführliche und äußerst hilfreiche Kommentierung dieses Beitrags, der in Reaktion auf die Kritik von Philip Manow in diesem Band verfasst wurde.

an den Parlamentarismus, an ein *government by discussion*, gehört in die Gedankenwelt des Liberalismus. Er gehört nicht zur Demokratie“ (Schmitt 2010, 13).

Liberalismus setze sich demnach aus Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Diskussionsfreiheit sowie Parlamentarismus zusammen. Anders gesagt, Liberalismus ist Diskussion plus Machtkontrolle. Es folgt nach Schmitt (2010, 6): „Gegenüber diesem parlamentarischen Konstitutionalismus, nicht gegenüber der Demokratie, wird der den Parlamentarismus aufhebende Begriff der Diktatur wieder aktuell.“

Demokratie beruht laut Schmitt auf einer Reihe von Identitäten, insbesondere der Identität von Regierenden und Regierten. Das Prinzip der Gewaltenteilung steht damit dem demokratischen Prinzip gegenüber.

Wenn mit der demokratischen Identität Ernst gemacht wird, kann nämlich im Ernstfall keine andere verfassungsmäßige Einrichtung vor der alleinigen Maßgeblichkeit des irgendwie geäußerten, unwidersprechlichen Willens des Volkes standhalten (Schmitt 2010, 21).

Das gilt auch für den Minderheitenschutz. Schmitt (2010, 14) lässt da wenig Raum für Missverständnisse, wenn er schreibt:

Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen [...]. Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, dass sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß.

Diese Demokratiekonzeption beruht auf einer spezifischen Interpretation von Rousseau. Der „*volonté générale*“, die Einstimmigkeit „*sans discussion*“ und die „zur Einstimmigkeit gesteigerte Identität“ machen demnach Demokratie aus.

Schmitt macht auch keinen Hehl daraus, dass er dem Prinzip der Demokratie viel nähersteht als den Prinzipien des Liberalismus. In der Praxis verkörpere der Parlamentarismus nämlich nur die blanke Aushandlung zwischen partikularen Interessen. Die begleitende Rhetorik ist leer, ganz im Sinne der Rede von einer Schwatzbude. Daher fällt sein Urteil auch deutlich aus:

Vor einer, nicht nur in technischen, sondern auch im vitalen Sinne *unmittelbaren* Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und zäsaristische Maßnahmen nicht nur von der *acclamatio* des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können (Schmitt 2010, 22–23).

Einige dieser Formulierungen und Ideen haben dank der autoritär-populistischen Parteien erneut an Aktualität gewonnen. Populisten sprechen sich nicht per se gegen die Demokratie aus; es ist die liberale Demokratie, die sie ablehnen und – wie

Victor Orbán – durch eine illiberale Demokratie ersetzen wollen. Das ist dann eine auf Identität und Volkswille beruhende Demokratie, die ohne prozeduralistische Umwege Entscheidungen trifft und dabei notfalls das Heterogene „ausscheidet“. Daher spricht manches dafür, dass Carl Schmitt den Populismus unserer Zeit als eine demokratische Kraft zur Überwindung der Fesseln des Konstitutionalismus begrüßt hätte, die gleichzeitig das Versagen der liberalen Eliten offenbart. Es ist daher auch kein Zufall, dass sich die Vordenker eines linken Populismus zu einem gewissen Maße auf Schmitt berufen. So schreibt Chantal Mouffe (2018, 14):

To stop the rise of right-wing populist parties, it is necessary to design a properly political answer through a left populist movement that will federate all the democratic struggles against post-democracy. Instead of excluding a priori the voters of right-wing populist parties as necessarily moved by atavistic passions, condemning them to remain prisoners of those passions forever, it is necessary to recognize the democratic nucleus at the origin of many of their demands.

Den Gegenpol zur Auffassung vom Widerspruch zwischen Liberalismus und Demokratie bringt Jürgen Habermas mit seiner Figur der Gleichursprünglichkeit von liberalen Grundrechten und der Demokratie zum Ausdruck. In seinen Worten:

Der entscheidende Gedanke ist, daß sich das Demokratieprinzip der Verschränkung von Diskursprinzip und Rechtsform verdankt. Diese Verschränkung verstehe ich als eine *logische Genese von Rechten*, die sich schrittweise rekonstruieren läßt. [...] Daher kann das Demokratieprinzip nur als Kern eines *Systems* von Rechten in Erscheinung treten. Die logische Genese dieser Rechte bildet einen Kreisprozeß, in dem sich der Kode des Rechts und der Mechanismus für die Erzeugung legitimen Rechts, also das Demokratieprinzip, *gleichursprünglich* konstituieren (Habermas 1992, 154).

Ein solches Verständnis der logischen Gleichursprünglichkeit schließt nicht aus, dass es in der Praxis zu *Spannungen* zwischen diesen beiden Prinzipien des liberalen Skripts kommen kann (Zürn/Gerschewski 2021, 24–25). Spannungen sind aber etwas anderes als Widersprüche. Während bei Widersprüchen eine Nullsummenlogik greift und sich eine Seite vollständig durchsetzen kann, können Spannungen produktiv sein, indem nach dem richtigen Zusammenspiel beider Aspekte gesucht wird. Bei Spannungen ist – und das ist entscheidend – eine einseitige Auflösung nicht möglich, ohne das Ganze infrage zu stellen. Eine rechtliche Verabsolutierung negativer Freiheitsrechte ist mit dem Konzept der liberalen Demokratie eben so wenig vereinbar wie die Aushebelung individueller Grundrechte durch Mehrheitsentscheidungen.

Die Vorstellung der Demokratie ist in dieser Konzeption eine andere als bei Schmitt. Liberal und demokratisch stellen keinen Gegensatz dar, sondern konstituieren sich gegenseitig. Damit wird die Rede von einer illiberalen oder bei Schmitt

gar „absolutistischen“ Demokratie widersinnig. In den Worten von Nadia Urbinati (2019, 11): „Democracy without individual liberal rights – political and legal – cannot exist. It is in this sense that the term ‚liberal democracy‘ is a pleonasm.“ Damit verändert sich auch der Blick auf den gegenwärtigen Populismus (vgl. auch Wolkenstein 2022). Er geht nämlich mit einer besonderen Vision des *volonté générale* einher: als vopolitischer und entprozeduralisierter Wille, verkörpert durch die Führer der populistischen Partei. So betrachtet Nadia Urbinati (2019, 7) den Populismus als den Versuch „to transform representative democracy by getting rid of intermediate institutions and establishing a supposedly direct representation between the people and the leader“. Weil der Populismus im Gegensatz zur Repräsentation steht, ist er undemokratisch.¹

Ganz gleich welcher der beiden Auffassungen zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratismus Philip Manow genau anhängt,² seine Kritikpunkte an der gegenwärtigen Demokratiediskussion (Manow in diesem Band), und insbesondere seine Kritik an den Thesen der *Demokratischen Regression* (Schäfer/Zürn 2021), lassen sich vor dem Hintergrund dieser Debatte besser diskutieren und begegnen. Es sind unterschiedliche Positionierungen zu der von Schmitt aufgeworfenen sozialtheoretischen Kernfrage, die zu unterschiedlichen Einschätzungen einiger Probleme der gegenwärtigen Lage der Demokratie führen. Dabei ist Manow sicherlich kein reiner Schmittianer im Sinne der geistesgeschichtlichen Lage, obwohl er in seiner Rekonstruktion von Schmitt dessen (zumeist impliziter) Kritik an den großen „Liberalen“ wie Weber und Habermas emphatisch zuzustimmen scheint, etwa wenn er Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns als „besondere[n] Kitsch“ (Manow 2022, 96) abtut. In meiner Interpretation betrachtet Manow das Parlament nicht als reinen Debattierclub, sondern eher als eine Institutionalisierung der Mehrheit, weswegen es auch Vorrang beanspruchen kann. Entscheidend ist jedoch, dass er in zentralen Formulierungen seiner Kritik von einem Gegensatz und nicht von einer Spannung zwischen Mehrheit und den liberalen Grundrechten bzw. der liberalen Gewaltenteilung ausgeht. Anders formuliert: Die von Manow geforderte „Selbstreflexion über Demokratieforschung“ kann hilfreich sein, aber nur dann, wenn sie auf beiden Seiten der Debatte erfolgt. Es ist richtig, dass die Offenlegung der demokratietheoretischen Vorentscheidungen, die in die Analysen einfließen, geboten ist. Das gilt freilich auch für die Kritik dieser Analysen.

1 Siehe Urbinati (2019), die das sehr überzeugend herausarbeitet.

2 Manow hat ein Buch geschrieben, in dem er mit Souveränität einen „innersten Zusammenhang der Schriften“ (2022, 21) von Carl Schmitt rekonstruiert und sich damit gegen die These von der Sprunghaftigkeit und der fehlenden Systematik in Schmitts Werk stellt. Die *geistesgeschichtliche Lage des Parlamentarismus* spielt in der Rekonstruktion keine tragende Rolle.

Drei Themen stehen bei Manows „Diagnose demokratischer Regression“ im Vordergrund. Ohne in Frage zu stellen, dass die gegenwärtigen Demokratien vor großen Herausforderungen stehen (Manow 2020), bezweifelt er, erstens, ob man in diesem Zusammenhang von einer Krise sprechen kann. Er kritisiert dann, zweitens, den V-Dem-Datensatz der Universität Göteborg,³ anhand derer der demokratische Rückschritt gemessen wird, um dann, drittens, die Konzeptualisierung des Verhältnisses von Demokratie und Liberalismus, die in der gegenwärtigen Diskussion vorherrscht, zu beklagen. Im Sinne abnehmender Abstraktion wird hier umgekehrt vorgegangen: Auch wer den Aufstieg nicht-majoritärer Institutionen und die damit verbundene Beschränkung des Bereichs der Mehrheitsentscheidungen kausal für den Aufstieg autoritär-populistischer Parteien verantwortlich macht, braucht die Praxis dieser Parteien nicht für demokratisierend zu halten. Was im Sinne einer Schmittschen Gegenüberstellung zwischen der liberalen und demokratischen Ideengeschichte als zwingend erscheint, stellt sich aus der Perspektive der Gleichursprünglichkeit von liberalen und demokratischen Prinzipien anders dar. Man kann für die Beschränkung nicht-majoritärer Institutionen sein, ohne dem autoritären Populismus ein demokratisierendes Potenzial zuschreiben zu müssen. Zweitens argumentiere ich, dass der vermutete „liberale bias“ der V-Dem-Daten so gar nicht besteht. Außerdem baut die Überprüfung unserer Kernthese in der *Demokratischen Regression* gar nicht auf V-Dem-Daten, sondern eben auf den von Manow scheinbar bevorzugten Einstellungsdaten auf. Im letzten Schritt werden einige Gemeinsamkeiten mit der Manowschen Argumentation betont. Ob die Demokratie in der Krise ist oder nicht, hängt letztlich von der Definition einer Krise ab. Wir sprechen daher in unserem Buch auch nicht von einer Krise der Demokratie, sondern vom demokratischen Rückschritt, der mit – und auch da scheint Einigkeit zu bestehen – einem Konstitutionalisierungsschub der demokratischen Praxis zusammenhängt. Allerdings glauben wir nicht, dass die bloße Beschneidung nicht-majoritärer Institutionen und die Renationalisierung zur Lösung des Problems beitragen kann.

2 Widersprüche oder Spannungen?

Philip Manow äußert sich kritisch gegenüber Debattenbeiträgen, die in der weiteren Abschwächung der elektoralen Elemente in der Demokratie eine Lösung der

³ Auf <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/> (zuletzt abgerufen am 14. September 2023) finden sich neben allen Daten auch alle Erklärungen zur Methodologie, Datenerhebung und Kodierung.

gegenwärtigen Malaise sehen. Diese Kritik teilen wir vollständig und setzen auf die Stärkung dieser Elemente (Schäfer/Zürn 2021, Kap. 7). Diese Gemeinsamkeit hält uns aber Manow als inkonsistent vor. Er schreibt:

Auch wird man sich entscheiden müssen, ob man nun einerseits die Verlagerung eines immer größeren Bereichs politischer Entscheidungen in die Verfügungsgewalt nicht-majoritärer, also nicht gewählter und [nicht] nach dem Mehrheitsprinzip besetzter Institutionen, wie beispielsweise von Verfassungsgerichten, für einen demokratischen problematischen Vorgang hält *oder* Versuche von politischen Mehrheiten, die gewachsene Macht solcher non-majoritärer Institutionen grundsätzlich als Angriff auf die Demokratie werten will (Manow in diesem Band, 317).⁴

Aus einer Perspektive, die die identitäre Logik der Mehrheit und die liberale Logik von Diskussion und Gewaltenteilung als Gegensatz betrachtet, greift in der Tat die Entweder-oder-Logik, die Manow einfordert. Aus unserer Perspektive der Gleichursprünglichkeit stellt sich die Lage aber anders dar. Zunächst ist die Feststellung, dass der Bedeutungszuwachs nicht-majoritärer Institutionen zu einer wachsenden Demokratieunzufriedenheit bei einem Teil der Bevölkerung führt, ein kausales und kein normatives Argument. Die Ausbreitung der nicht-majoritären Institutionen wird als eine der beiden empirischen Bedingungen des Aufstiegs autoritär-populistischer Parteien im Rahmen unserer politischen Erklärung identifiziert. Aus empirischen Beobachtungen können aber nicht unmittelbar normative Schlussfolgerungen gezogen werden. So argumentierte zumindest Max Weber.

Aber selbst wenn man die Machtausweitung nicht-majoritärer Institutionen als normativ problematisch bewertet, folgt daraus nicht, dass man die entsprechenden Angriffe des autoritären Populismus begrüßen muss. Um diese Schlussfolgerung ziehen zu können, muss man ganz wie Schmitt einen Nullsummengegensatz zwischen identitärer Demokratie und liberalen Parlamentarismus sehen. Aus der Perspektive der Gleichursprünglichkeitskonzeption kann dieser Schluss nicht gezogen werden. Autoritäre Populisten greifen nämlich den kosmopolitischen Bias nicht-majoritärer Institutionen auf und verwenden ihn, um diese Kritik mittels des Dualismus von Eliten versus Volk zu einer identitären Logik der schweigenden (nur selten realer) Mehrheit umzumünzen, die sich durch einen ausgeprägten Anti-Pluralismus (Ausscheidung der Minderheiten) und einer Untergrabung der Gewaltenteilung auszeichnet. Geht man nun von einem anderen konzeptionellen Ausgangspunkt aus und fasst das Verhältnis von Mehrheit und liberalen Grund-

⁴ Am Rande sei vermerkt, dass das Wort „grundsätzlich“ hier fehl am Platze ist. Als Angriff auf die Demokratie werten wir autoritäre Populisten, nicht aber jeden Versuch der Beschränkung nicht-majoritärer Institutionen.

pfeilern der Demokratie als praktisches Spannungsfeld auf und nicht als strukturellen Widerspruch, ist es sehr leicht möglich, Übergriffigkeiten nicht-majoritärer Institutionen zu kritisieren und über deren Reform nachzudenken, ohne diese Institutionen gleich grundsätzlich in Frage zu stellen. Nicht jede Kritik an nicht-majoritären Institutionen führt zu einer identitären Auffassung von Demokratie, die zumeist von autoritären Populisten vertreten wird. Die Demokratisierung der EU ist ein Beispiel dafür, dass man nicht-majoritäre Institutionen verändern kann, ohne diese gleich komplett abzuschaffen. Man braucht das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Hinzu kommt, dass es den populistischen Parteien gar nicht um eine neutrale, verfassungsarchitektonische Korrektur des Spannungsverhältnisses von Parlamenten und nichtgewählten Gremien geht. Sicherlich gäbe es Möglichkeiten, dieses Verhältnis innerhalb der Logik der liberalen Demokratie neu zu bestimmen. So gibt es tatsächlich eine Reihe von unterschiedlichen Institutionalisierungen des Verhältnisses von Legislative und Verfassungsgerichtsbarkeit in den konsolidierten Demokratien. Die starke Rolle des deutschen Bundesverfassungsgerichts ist keinesfalls die einzige Möglichkeit, dieses Verhältnis zu gestalten. Den Regierungen in Ungarn oder Polen ging es bei ihren Attacken auf die Gerichte jedoch nicht primär darum das Spannungsverhältnis neu auszutarieren, vielmehr wurde im Einklang mit der Schmittschen Widerspruchskonzeption eine Unterordnung der Judikative unter die eigenen Herrschaftsansprüche angestrebt. Das folgt ganz der Logik, dass im Ernstfall keine andere verfassungsmäßige Einrichtung dem Willen des Volkes standhalten kann. Anders gesagt: Eine Aufwertung des Parlaments gegenüber dem Verfassungsgericht muss nicht undemokratisch sein, aber seine Instrumentalisierung für die eigene Zwecke schon. Man kann also – und das ist die Position in *Die demokratische Regression* – Überkonstitutionalisierung und parteipolitische Instrumentalisierung gleichzeitig als Problem für die Demokratie wahrnehmen. Das zweite zu kritisieren, heißt nicht, das erste zu wollen.

3 Die Messung der Demokratie

Zurecht argumentiert Manow, dass sich eine Demokratisierung der EU nicht in den V-Dem-Daten niederschlagen würde, da dort der nationale Rahmen als Ort der Demokratie gesetzt sei. Das ist nicht die einzige Kritik an diesen Daten. So äußert er auch Zweifel an der komparativen Validität der Aussagen der interviewten Expertinnen und Experten. Auch das ist eine berechtigte Kritik, die wir genauso sehen, insbesondere wenn eine Expertin Korea 1920 und die andere Norwegen 1970 bewertet und die Validität dann darauf baut, dass beide dies mit denselben Maßstäben

tun.⁵ Bei Manow steht aber eine andere Kritik der V-Dem-Daten im Vordergrund: die implizite Verabsolutierung bestimmter Demokratiekonzeptionen. Insbesondere vermutet Manow, dass der V-Dem-Datensatz die liberale Demokratieauffassung reproduziere und somit die realweltliche Bedeutungszunahme anderer Demokratiekonzeptionen fälschlicherweise als eine Krise oder einen Rückgang der Demokratie gelesen werden müsste.

Hier liegt Manow aber falsch. Die Messindikatoren für die liberale Demokratie ersetzen nicht die Indikatoren für die elektorale Demokratie, vielmehr werden sie den Elementen der elektoralen Demokratie hinzugefügt. Entscheidend ist aber etwas anderes: Es ist eben nicht so, dass nur die Messung der liberalen Demokratie Rückschritte zu verzeichnen hat. Das gilt auch für die Bemessung der anderen bei V-Dem ausgewiesenen Demokratiekonzeptionen: der elektoralen, der deliberativen und auch der partizipativen Demokratie. Alle diese Demokratiekonzeptionen verzeichnen Einbußen nach 2005 (Schäfer/Zürn 2021, 34). Selbst wenn wir genau jene Indikatoren betrachten, die Fukuyama (2006), Huntington (1991), Pinker (2018) verwendet haben, um die Ausweitung der Demokratie nachzuweisen, finden wir in den letzten Jahren einen Rückgang bei der Anzahl von Demokratien. Auch Messverfahren, die gänzlich auf Expertenurteile verzichten, weisen in dieselbe Richtung wie der „Liberal Democracy Index“ von V-Dem.

Der Vanhanen-Index ist der vielleicht schlankeste aller Messversuche für Demokratie (Vanhanen 2000). Dort wird nur aus der Wahlbeteiligung (gemessen an der Gesamtbevölkerung) und dem Wettbewerbsgrad der Parteien (hierbei wird der Stimmenanteil der stärksten Partei von 100 subtrahiert) der Demokratiewert errechnet. Er ist somit komplett blind, für jede Einschränkung jener Freiheiten, die demokratischen Wettbewerb ermöglichen. Einschränkungen der Pressefreiheit, die Kontrolle der Medien durch bzw. die Unabhängigkeit der Judikative von Regierungsparteien sind für seine Bewertung der Demokratie unerheblich. Legen wir den Vanhanen-Index zugrunde, dann ist die Demokratiequalität in Ungarn und Polen seit 2010 tatsächlich leicht gestiegen, was allerdings aus der Sicht der Länderexpertinnen recht eigenartig anmutet. Im Aggregat zeigt aber selbst der Vanhanen-Index einen Rückgang der Demokratie an – zwar schwächer, aber doch auch hier klar erkennbar. Anders als Manow vermutet, zeigt sich also der Rückgang der demokratischen Regierungsform auch in Messungen, die Demokratie nicht als liberale Demokratie konzeptualisieren.

⁵ Aus solchen Kritiken folgt aber nicht zwingend, dass die Daten unbrauchbar sind. Sie verweisen auf allgemeine Probleme solcher komparativen Datensätze über Zeit. Würde man diese beiden Kritikpunkte verallgemeinern, so könnte man gar keine quantitativen Datensätze zur Demokratie nutzen.

Obleich alle institutionellen Messungen die Demokratie auf dem Rückzug sehen, bleibt es natürlich richtig, dass die Indikatoren, die zur Messung für die jeweilige Demokratieform herangezogen werden, einen Einfluss auf das Ergebnis haben. Das Besondere am V-Dem Index ist, dass dieser Einfluss jederzeit nachvollzogen werden kann. Denn die Zuordnung der Indikatoren zu bestimmten Demokratiekonzeptionen erfolgt bei V-Dem enorm transparent, viel transparenter als bei vielen Alternativen wie etwa Freedom House. Das gilt es zu würdigen. Manow zollt dem V-Dem-Projekt zwar generell Respekt, erreicht aber durch die scheinbar wahllose Auflistung der Aggregationsformeln eher den gegenteiligen Effekt. Die bei V-Dem äußerst transparent dargelegten Aggregationsregeln erscheinen dadurch geradezu lächerlich szientistisch.

Es bleibt richtig, dass Messungen auf konzeptionellen Vorentscheidungen beruhen. Das gilt nicht nur für V-Dem, sondern für alle anspruchsvollen Messungen von Konzepten wie Demokratie. Entscheidend ist, die Konzeptionen, die genutzt werden, und die dafür genutzten Messungen bzw. Expertinnenfragen offenzulegen. Genau das macht V-Dem auf vorbildliche Weise. Andere Schwächen in der Vorgehensweise – also die Befragung von Länderexpertinnen und Länderpanels – bleiben hier freilich bestehen. Die können dann eventuell durch ergänzende Bevölkerungsumfragen nach der Demokratiezufriedenheit ausgeglichen werden. Allerdings zeichnen sich hierbei Verschlechterungen im Zustand der Demokratie ab. Und gewiss haben auch solche Messungen ihre eigenen Schwächen. Philip Manow endet seinen Aufsatz mit dem Satz:

Der Indikator [gemeint ist der Liberal Democracy Index von V-Dem, MZ] erscheint aufgrund seiner impliziten Annahmen einer für die Demokratie immer guten und nie schlechten Liberalisierung und aufgrund seines Unvermögens, die zunehmend umkämpfte Schnittstelle zwischen nationaler Demokratie und supranationalen Institutionen in den Blick zu bekommen, in einer besonderen Weise ungeeignet, die spezifischen Thesen von Michael Zürn und Armin Schäfer zu den Gründen der demokratischen Regression zu belegen [...] (Manow in diesem Band, 325).

Da hat Manow vollumfänglich Recht. Nur ist zu beachten, dass wir die V-Dem-Daten (Liberal Democracy Index *und* die anderen Indices!) ausschließlich dazu nutzen, um den generellen Rückgang der Demokratie zu belegen und um zu zeigen, dass dieser Rückgang erheblich mit der Machtübernahme durch autoritär-populistische Regierungen zusammenhängt. Die Gründe für die demokratische Regression⁶ be-

6 Wir sprechen von einer demokratischen Regression, weil einerseits die demokratischen Praktiken in vielen Ländern die Distanz zum Ideal vergrößern. Sowohl das zunehmende Repräsentationsdefizit geringer Gebildeter in Parlamenten als auch die Entmachtung nationaler Parlamente zugunsten von nicht-majoritären Institutionen innerhalb und jenseits der Staaten trägt dazu bei.

legen wir empirisch mit ganz anderen Daten: die Benachteiligung unterer Bevölkerungsschichten in Parlamenten, den relativen Aufstieg nationaler und internationaler nicht-majoritärer Institutionen und mit Survey-Daten zur Demokratiezufriedenheit – ganz ohne Verweis auf V-Dem. Es stellt sich daher die Frage, warum dieser richtige, aber an unserem Argument komplett vorbeizielende Satz so prominent am Ende steht.

4 Krisendiskurse

Wenig Dissens gibt es auch beim letzten Thema der Manowschen Beobachtungen. In seiner rhetorisch gekonnten Kritik des inflationären Gebrauchs des Krisenbegriffs geißelt er die Neigung, das Ende oder die Krise der Demokratie allzu voreilig zu konstatieren. Zum einen hängt natürlich auch die Feststellung einer Krise von der zugrundeliegenden Demokratiekonzeption ab. Wer einen der Demokratie eingeschriebenen und zugleich unüberwindbaren Widerspruch zwischen den konstitutionellen und den identitären Elementen der Demokratie sieht (in der heutigen Literatur liberale und elektorale Elemente), der wird schwerlich eine Krise ausmachen. Denn dieser Kampf ist im Sinne Schmitts Teil der liberal-demokratischen Normalität. Wer sich die Demokratie ohne ihre konstitutionellen und grundrechtlichen Grundlagen nicht recht vorstellen kann, für den ist der Aufstieg der autoritären Populisten besorgniserregender.

Ähnlich wie Manow lehnen wir eine vorschnelle Krisendiagnose ab. Wenn man Krise als die breite öffentliche Wahrnehmung einer bestandsgefährdenden Herausforderung ansieht, die schnelle Gegenmaßnahmen notwendig macht, macht es unmittelbar Sinn von einer Finanzkrise oder einer Coronakrise zu sprechen, wie wir das in Kapitel 5 der *Demokratischen Regression* machen. Aus unserer Sicht haben diese Krisen einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Demokratie bei breiten Bevölkerungskreisen gehabt, aber nicht zur Krise der Demokratie in Deutschland geführt. Wir sprechen daher ähnlich wie Rahel Jaeggi von einer Krise der Krisenbewältigung in der Demokratie.⁷ Die Krisenbewältigung hat nämlich gemäß unserer Argumentation die Wahrnehmung der veränderten demokratischen Praxis beschleunigt. Ob das schon eine Krise der Demokratie zum Ausdruck bringt, muss man an Einzelbeobachtungen festmachen. Ein demokratisches politisches System kann in der Krise stecken – wie vielleicht das der USA, aber eben

Andererseits führt diese Abkehr zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit demokratischen Systemen und der damit verbundenen politischen Klasse. Wir sprechen daher von einer doppelten Entfremdung (Schäfer/Zürn 2021, 11).

7 Vgl. Bisky (2022).

nicht das von Norwegen. Generell erscheint die Anwendung des Krisenbegriffs auf ein normatives Konzept ohnehin problematisch. Soll man wirklich infolge der wachsenden Ungleichheit von der Krise der Gerechtigkeit sprechen?⁸

Wie auch immer: Wir sprechen aus guten Gründen nicht von einer Krise der Demokratie. Dazu bedarf es Schwellenwerte und die Klärung der Frage, inwieweit sich ein normatives Konzept in der Krise befinden kann. Deswegen bevorzugen wir den Begriff des demokratischen Rückgangs oder auch der demokratischen Regression. Wir teilen also die Einsicht von Philip Manow, dass man mit dem Krisenbegriff vorsichtig umgehen sollte. Wenn sich aber in Ländern wie Ungarn, Russland oder der Türkei die identitäre Begründung der Demokratie zunehmend durchsetzt und den liberalen Pfeilern ihrer Existenz die Abrissbirne droht, dann würden wir tatsächlich von einer Krise sprechen. Carl Schmitt vermutlich nicht.

Das Problem der Manowschen Argumentation ist an dieser Stelle nicht, dass er der Zuspitzung von Carl Schmitt folgt. Er scheint vielmehr der leisen Hoffnung zu folgen, dass populistische Parteien einen demokratisierenden Effekt haben können, wenn sie sich gegen die liberale Hegemonie des Konstitutionalismus und der nicht-majoritären Institutionen wenden, ohne dabei wie manche der von uns analysierten autoritären Populisten voll auf die identitäre Demokratie zu setzen. Er hofft, dass die konstitutionellen und nicht-majoritären Schranken moderner Demokratie durch die gegenwärtigen populistischen Parteien verschoben werden können. Was er dabei übersieht, ist die Dynamik, die insbesondere der autoritär-populistischen Programmatik eingebaut ist. Wenn es autoritären Populisten gelingt, an der Macht zu bleiben, bauen sie systematisch die Gewaltenteilung (allen voran die Unabhängigkeit der Judikative), die Medienlandschaft und die als legitim erachtete Opposition so um, dass es dem eigenen Machterhaltungsstreben dient. Anders gesagt: Die elektorale Demokratie ist – wenn von autoritären Populisten eingeführt – häufig nur eine transitorische Stufe zur elektoralen Autokratie. Andrew Arato und Jean Cohen (2022) verweisen in ihrem neuesten Buch auf diese Dynamik, wenn sie von den verschiedenen Erscheinungsformen des Populismus sprechen: Bewegung, Partei, Regierung und Regime. Pegida war eine Bewegung, die AfD eine Partei, Trump eine Regierung und das Putin-Russland heute beschreibt ein Regime. Das

⁸ Deswegen läuft auch die Kritik des „auf der abhängigen Variable zu sampeln“ ins Leere. Zum einen muss man die Krisenfälle anhand der „gängigen Aufzählungen“ erst auswählen, um die Krise untersuchen zu können. Gleichzeitig ist die Kritik doch etwas sehr dem Fachjargon verbunden. In der berühmten Argumentation von KKV wird das Problem des „sampling on the dependent variable“ herausgearbeitet. Die methodische Literatur hat aber seitdem gezeigt, dass das Problem nur dann auftritt, wenn es um die hinreichende Erklärung von Varianz geht. Wer Gemeinsamkeiten verstehen möchte, also die Diffusion von Krisen, kann die Fälle anhand des Wertes der abhängigen Variablen auswählen, um die notwendigen Bedingungen zu ermitteln.

Ziel des Regimes ist der Bewegung stets eingeschrieben. Das Ganze zielt auf die Herstellung einer Lage, die Carl Schmitt im Juli 1932 treffend beschrieben hat: „Dann kommt es schließlich nur noch darauf an, wer zuletzt, wenn das ganze Legalitätssystem beiseite geworfen wird, die legale Macht in der Hand hält und dann seine Macht auf neuer Grundlage konstituiert“ (Schmitt 2012, 37). Deswegen reden wir vom autoritären Populismus als einer potenziellen Gefahr für die Demokratie.

Literatur

- Arato, Andrew und Jean L. Cohen. 2022. *Populism and Civil Society: The Challenge to Constitutional Democracy*. New York: Oxford University Press.
- Bisky, Jens. 2022. „Schöne Aussichten. Ein Gespräch mit Philosophin Rahel Jaeggi und Politikwissenschaftler Michael Zürn über die Zukunft der Demokratie“. Zuletzt abgerufen am 13. April 2023. <https://www.einsteinfoundation.de/albert/albert-nr-7-demokratieforschung/schoene-aussichten/>.
- Fukuyama, Francis. 2006. *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie: Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip. 2022. *Nehmen, Teilen, Weiden: Carl Schmitts politische Ökonomien*. Göttingen: Konstanz University Press.
- Manow, Philip. 2023. „Eine Beobachtung der Beobachtung der Demokratie. Zur Diagnose demokratischer Regression“. In diesem Band.
- Mouffe, Chantal. 2018. *For a Left Populism*. London: Verso.
- Pinker, Steven. 2018. *Enlightenment Now: The Case for Reason, Science, Humanism, and Progress*. New York: Viking.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Schmitt, Carl. 2010. *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 10. Aufl., Nachdruck der 1926 erschienenen 2. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl. 2012. *Legalität und Legitimität*. 8. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Urbinati, Nadia. 2019. *Me the People: How Populism Transforms Democracy*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vanhanen, Tatu. 2000. „A New Dataset for Measuring Democracy, 1810–1998“. *Journal of Peace Research* 37 (2): 251–265.
- Wolkenstein, Fabio. 2022. „What Is Democratic Backsliding?“ *Constellations*: 1–15. Zuletzt abgerufen am 6. September 2023. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1467-8675.12627>.
- Zürn, Michael und Johannes Gerschewski. 2021. „Sketching the Liberal Script. A Target of Contestations“. *SCRIPTS Working Paper No. 10*. Berlin: Cluster of Excellence „Contestations of the Liberal Script – SCRIPTS.“